



Zeitschrift der AG Cuba Sí  
in der Partei DIE LINKE

● Editorial

## Seguimos pa'lante

Kuba gedenkt in diesem Jahr des militärischen Überfalls in Playa Girón vor 50 Jahren (17. April 1961) und des Bombenanschlags auf ein Flugzeug der kubanischen Fluggesellschaft vor 35 Jahren (6. Oktober 1976). Diese beiden Ereignisse stehen in einer langen Reihe von Terrorakten gegen das sozialistische Land, die bis in die Gegenwart reicht. Erinnert sei u. a. an die Bombenanschläge auf Touristenhotels in Kuba 1997 und an das geplante Attentat auf Fidel Castro beim X. Iberoamerikanischen Gipfel 2000 in Panama. Organisator dieses Terrors gegen Kuba waren und sind in vorderster Linie die USA und ihre Geheimdienste. Ziel all dieser Aktionen war von Anfang an die gewaltsame Beendigung der kubanischen Revolution. 2003 forderten US-Präsident George W. Bush sowie rechtsextreme Exilkubaner ganz offen, nach dem Irak auch Kuba ins Visier zu nehmen.

Gegenwärtig müssen wir einen militärischen Aufmarsch um Kuba und die ALBA-Staaten beobachten: Im Juli 2008 z. B. reaktivierten die USA ihre 4. Flotte für Mittel- und Südamerika sowie für die Karibik. 2009 begannen sie, sieben Militärstützpunkte in Kolumbien auszubauen. Die Niederlande erlauben den USA, ihre Militärbasen auf Aruba und Curaçao zu nutzen. Seit dem Erdbeben in Haiti 2010 befinden sich 20 000 US-Soldaten in dem zerstörten Land, und Costa Rica gestattete den USA die Stationierung von 7 000 Soldaten, die über U-Boote, Flugzeuge und Kriegsschiffe verfügen.

Kuba verteidigt seit über 50 Jahren standhaft seine Souveränität. „In den vergangenen 500 Jahren – von Hatuey bis Fidel – ist zu viel Blut unseres Volkes vergossen worden, um heute alles aufzugeben, was wir unter solchen Opfern errungen haben“, sagte Raúl Castro kurz vor dem 6. Parteitag.

Im Verbund mit den ALBA-Staaten präsentiert Kuba ein neues lateinamerikanisches Selbstbewusstsein, das zum Jahresende 2011 mit der Gründung der CELAC auch vertraglich manifestiert werden soll. Es ist aber zu befürchten, dass die ökonomisch angeschlagenen USA dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen werden.

Der lateinamerikanische Integrationsprozess, die ALBA-Staaten und nach wie vor Kuba bedürfen deshalb auch in den kommenden Jahren der internationalen Solidarität. Cuba Sí leistet seit 20 Jahren politische und materielle Solidarität für Kuba, und wir stehen fest an der Seite der fortschrittlichen Kräfte Lateinamerikas.

Auf Cuba Sí wird auch weiterhin Verlass sein. 20 años – y seguimos pa'lante! 20 Jahre – und wir machen weiter!



# 20 Jahre Cuba Sí





# Die zweite arabische Revolution, Libyen und der Aufmarsch gegen die Linksregierungen in Lateinamerika

Die arabische Welt erlebt einen revolutionären Frühling; in Ägypten und Tunesien haben erfolgreiche Aufstände die despotischen Präsidenten Mubarak und Ben Ali gestürzt. Der Mangel an Freiheit war augenscheinlich. Überschattet wird dieser revolutionäre Aufstand durch den Krieg in Libyen. Wir Linken sollten den Kampf der arabischen Völker für Freiheit unterstützen und zugleich den Krieg gegen Libyen und die Einmischung des Westens ablehnen. Bomben bringen keine Demokratie.

In Libyen befinden sich Afrikas reichste Ölvorkommen. Das libysche Öl ist äußerst profitabel. Libyen ist das Ziel von aktuellen Rekolonialisierungsbemühungen. In Libyen geht es um Öl, Uran und die Kontrolle über Nordafrika und den Nahen Osten durch den Westen und nicht darum, die Bevölkerungen vor Repressionen zu schützen oder etwa Demokratie und Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen.

Diese neue imperiale Dynamik löst in vielen Regionen der Welt Ängste aus. Die meisten Länder des Südens haben sich gegen die NATO-Intervention in Libyen ausgesprochen, und die Linke in Lateinamerika hegt den Verdacht, dass es bald gegen sie losgehen kann. Die Afrikanische Union sowie zahlreiche Länder Lateinamerikas wie Kuba, Venezuela, Brasilien und Argentinien haben gegen diesen Krieg Stellung bezogen.

Deutschland bombt nicht mit. Der Grund dafür ist aber alles andere als Pazifismus. Deutsche Politik will die strategische Position der neuen starken europäischen Allianz Paris–London nicht noch weiter festigen. Sie will nicht, dass Frankreich und Großbritannien das libysche Öl erobern, und sie will keine französische oder britische Dominanz über den Nahen Osten und Nordafrika.

Ungleiche soziale Verhältnisse und mangelnde Freiheit treiben die Bevölkerung in den arabischen Gesellschaften zum Aufstand. Hunderttausende gingen auf die Straße und streikten. Der friedliche Protest von Millionen und schließlich der Streik von Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern beeinflussten letztendlich auch die Armee und rissen diese in Tunesien und Ägypten mit. Was alle Länder Arabiens trotz unterschiedlicher Ausformung ihrer Gesellschaften vereinigt, ist der Wunsch, sich von autokratischen Regimes zu befreien und Armut und Unterentwicklung zu überwinden. Von den Menschen dort wird der neue revolutionäre Prozess als ein gemeinsamer arabischer Frühling empfunden. Nicht der Islam prägt das Bild dieser Revolution, sondern eine bunte Vielfalt, darunter auch das Konterfei des Che.

Die westlichen Regierungen fürchten sich vor dieser Entwicklung, denn sie wissen, die Menschen gehen nicht nur für Freiheit, sondern auch gegen Armut, für Bildung, einen besseren Lebensunterhalt und Gesundheitsversorgung für alle auf die Straße. Mehr soziale Rechte schmälern die Profite des einheimischen und des eindringenden westlichen Kapitals. Der Kampf um die Fortführung der unvollendeten Revolution hin zu einer sozialen Umwälzung ist in den Straßen von Kairo und Tunis bereits wieder aufgeflammt. Die USA und Europa sowie die lokale Kompradorenbourgeoisie wollen die Revolution zum Stillstand bringen. Der arabische Raum mit seinen 300 Millionen Menschen ist aus der Sicht des Kapitalismus ein lukrativer Markt, der ungenügend erschlossen ist, und den es nun zu erobern gilt. Speer-

spitze dabei ist Frankreich. Es begreift Nordafrika und den Nahen Osten als sein Terrain, aus dem vor allem Deutschland ausgeschlossen werden soll.

In einer ersten revolutionären Phase nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges versuchte die arabische Welt, sich von Kolonialismus und imperialistischer Dominanz zu befreien. Arabisch-nationalistische Regimes kamen an die Macht, die mit einer Mischung von Staatskapitalismus und sozialistischen Maßnahmen bestrebt waren, die Unterentwicklung ihrer Länder zu überwinden.

Aber die Beschränktheit dieser nationalistischen Führungen konnte nach anfänglichen Erfolgen bei der Entwicklung ihrer Länder nur das Resultat zeitigen, das uns heute bekannt ist. Die internen Entwicklungsstrategien, die sie zu etablieren suchten mit dem Ziel, ihre Gesellschaften zu modernisieren, sie schrittweise zu transformieren und dadurch ihre Unabhängigkeit vom Imperialismus zu erzielen, konnten nichts anderes hervorbringen als das, was ihr Wesen ausmachte: ein nationalstaatlicher Entwurf, der in einem äußerst korrupten staatskapitalistischen System endete. In dieser Tradition steht auch die Revolution von Muammar al Gaddafi in Libyen im Jahre 1969.

Die gegenwärtige zweite arabische Revolution offenbart endgültig, dass der autoritäre Panarabismus tot ist. Aber ein demokratischer Panarabismus kann der Idee der Einheit der arabischen Welt erneut Kraft verleihen. Die Geschwindigkeit, mit der sich die Revolution in der arabischen Welt ausbreitet, belegt dies. Die Menschen, ob in Kairo oder Sanaa im Jemen, fühlen und denken trotz lokaler Unterschiede ähnlich. Ein demokratisches vereinigtes Arabien, das die westliche Dominanz abschüttelt, wäre der Albtraum der alten Kolonialmächte, die jetzt den Krieg gegen Libyen führen. Schon allein aus dieser für den Westen gefährlichen Vision begründet sich die westliche Intervention in der Region. Indessen schaut Israel, der bisherige regionale strategische Partner der USA, ängstlich auf diese Entwicklung. Um die Gunst der Araber zu gewinnen, sind die USA offensichtlich gewillt, Druck in der Palästinafrage auszuüben.

Verhindert werden soll, dass Regierungen, die aus der Revolution hervorgehen, dem Drängen der Bevölkerung nach besseren Lebensbedingungen nachgeben. Regierungen, die diesem Druck nachgeben wollten, müssten die neoliberale Agenda verändern und würden somit gegen die Interessen des westlichen Kapitals agieren. Volksregierungen, die sich auf Gewerkschaften und die Netzwerke der sozialen Bewegungen stützen, dürfen nach Interessenslage des Westens nicht zustandekommen.

Worin besteht nun die Verbindung zwischen der aktuellen arabischen Entwicklung und Lateinamerika? Der renommierte argentinische Spezialist für internationale Politik Horacio Calderón gab in dem in Argentinien sehr bekannten Nachrichten-Netzwerk C5N die Aussage eines US-Kongressabgeordneten bei Beginn des Libyen-Krieges wieder. Jener sagte: „Wir gehen jetzt nach Libyen, dann befassen wir uns mit Chávez in Venezuela und dann mit Cristina de Kirchner in Argentinien.“ Das gemeinsame Merkmal dieser Drei besteht darin, dass sie das Interesse der eigenen Nation an Entwicklung vor das Interesse des Westens an Ausplünderung derselben stellen. Calderón ist ein Spezialist für internationale Politik,

er gilt als einer der Besten und Glaubwürdigsten in Argentinien und Lateinamerika; er ist kein Linker und hält sich auch nicht in der Nähe der Regierung Kirchner auf. Calderón unterstützt die These, dass die Invasion Libyens durch den Westen nicht wegen des sozialen Aufbegehrens der Bevölkerung zugunsten der Demokratie stattfindet. Auch die Rolle der UNO gerät unter massive Kritik. Sie handelt dort nicht im Sinne einer Politik, welche eine demokratische und soziale Neuordnung der Gesellschaft dieses Landes ermöglichen würde.

Nach Ansicht der lateinamerikanischen Linken handelt es sich in Libyen um eine sorgfältig geplante Aktion, die darauf abzielt, die politischen Führungen jener Länder zu stürzen, die über wichtige strategische und natürliche Ressourcen verfügen und nicht den Interessen der westlichen Mächte dienen. Dies sollte auch die Aufmerksamkeit aller fortschrittlich denkenden Europäerinnen und Europäer wecken, die wachsam sein müssen, um weitere Kriege zur Ausplünderung der Welt zu verhindern.

Die Theorie, dass Washington sich schon immer für ausländisches Öl interessiert hat, ist nicht neu, noch wird dies irgend jemanden überraschen. Deshalb wollte man Chávez im Jahr 2002 stürzen. Die Strategie des Westens, vornehmlich die der USA, setzt darauf, ähnliche Unruhen wie in den nordafrikanischen Ländern zu produzieren, um dann damit eine militärische Intervention zu rechtfertigen. Sie konzentrieren ihre Aufmerksamkeit auf Venezuela; dort finden im nächsten Jahr Präsidentschaftswahlen statt. Ein Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen wird mit Hilfe der USA aufgebaut, um die Situation in Venezuela zu destabilisieren. Ein demokratischer Sieg von Chávez soll in Zweifel gezogen werden. Unruhen sollen geschürt werden, und man will dann Bilder davon präsentieren, wie Chávez mit brutaler Gewalt Demonstrationen niederschlagen lässt – das wäre der Vorwand für eine Intervention. Das Gleiche gilt für Ecuador und Bolivien.

Zugleich wird das potemkinsche Szenario einer Zusammenarbeit zwischen Kuba/Venezuela/Ecuador und der kolumbianischen Guerrilla der FARC fabriziert. Venezuela finanziere angeblich die FARC, wird behauptet. Dies habe man einwandfrei aus dem Laptop des in Ecuador durch illegales Eingreifen eines kolumbianischen Armeekommandos getöteten FARC-Kommandanten Reyes herauslesen können, behaupten kolumbianische Geheimdienstler. So soll ein militärischer Konflikt zwischen Venezuela/Ecuador und Kolumbien vorbereitet werden.

Die Tatsache, dass so unterschiedliche Länder wie Libyen, Venezuela, Ecuador und Argentinien in einen Topf geworfen werden, zeigt, dass das Anliegen des Westens nicht der Schutz der Demokratie oder der Menschenrechte ist. In Venezuela und Ecuador haben wir es mit mehrfach von der Bevölkerung durch Wahlen bestätigten Regierungen und Präsidenten zu tun, die einen tiefgehenden Prozess der Transformation ihrer Gesellschaften begonnen haben. Sie stellen die Souveränität der natürlichen Reichtümer ihrer Länder im Dienste der sozialen Entwicklung und ihrer jeweiligen Bevölkerungen in den Mittelpunkt ihrer Politik. Sie orientieren sich an einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Argentinien hat eine fortschrittliche Führung unter Präsidentin Kirchner, aber bei weitem kann man nicht behaupten, ihre Politik sei im strengen Sinne links. Dennoch läuft sie den Interessen der USA entgegen, und deshalb ist sie zur Zielscheibe der Herrschenden in den USA geworden. Die Dritte Welt steht insgesamt unter Attacke – unabhängig davon, ob sie links, demokratisch oder diktatorisch ist – sobald sie die nationale Souveränität geltend macht.

Harri Grünberg

# Die Kraft der **Solidarität** kann **viel bewirken**

*Gespräch mit den Parteivorsitzenden der LINKEN Gesine Lötzsch und Klaus Ernst*



● **Die AG Cuba Sí feiert in diesem Jahr ihren 20. Geburtstag. Wie sehen Sie die Rolle von Cuba Sí innerhalb unserer Partei – in der Geschichte der PDS bis zur LINKEN und in Zukunft? Welche Erwartungen haben Sie, hat die Parteiführung an Cuba Sí?**

● **Gesine:** Die AG Cuba Sí ist seit ihrer Gründung fester Bestandteil der PDS bzw. der LINKEN. Die Arbeitsgemeinschaft hat den Gedanken der Solidarität und des Internationalismus über all die Jahre in der Partei hochgehalten – und ihn manchmal auch bei dem einen oder anderen Genossen wieder in Erinnerung gebracht.

● **Klaus:** Cuba Sí sollte sich auch weiterhin in die Debatten in der LINKEN einmischen. Eine starke LINKE mit internationalistischem Anspruch ist auch gut für linke Politik international. Cuba Sí erfüllt in unserer Partei und darüber hinaus eine wichtige Funktion der Information über die gesellschaftlichen Prozesse in Lateinamerika.

● **Kuba hat in unserer Partei viele Freunde und Unterstützer. Wie stehen Sie zu Kuba? Beteiligt Sie sich privat, in euren Basisgruppen oder in Eurem Wahlkreis an Aktionen der Kuba-Solidarität?**

● **Klaus:** Ich bin sehr beeindruckt von den Errungenschaften auf dem Gebiet des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens, die für viele Länder der sogenannten Dritten Welt beispielhaft sind und die – trotz großer Widerstände von außen – auch nicht aufgegeben werden. Mich hat das berühmte Zitat Che Guevaras „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ immer sehr berührt.

● **Gesine:** Ich will an dieser Stelle der AG Cuba Sí mal ein großes Kompliment aussprechen für ihr konsequentes solidarisches Engagement in Kuba. Be-

sonders beeindruckt mich die Solidaritätskampagne „Milch für Kubas Kinder“, die bereits seit 20 Jahren mit zunehmender Aufmerksamkeit läuft und die auch ich aktiv unterstütze, indem ich für sie spende und – sowohl in meinem Wahlkreis als auch darüber hinaus – für sie werbe.

● **DIE LINKE ist eine starke linke Partei in Europa, und befreundete europäische Parteien schauen mit großem Interesse und mit Neugier auf ihre Entwicklung. Inwiefern kann sie in dieser Vorbildrolle ein Motor für die solidarische Zusammenarbeit der europäischen Linken mit fortschrittlichen Bewegungen, z. B. in Lateinamerika, sein?**

● **Klaus:** DIE LINKE hat gezeigt, dass sich linke Kräfte zusammenschließen und sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch eine starke Kraft bilden können. Wir sollten auch Vorreiter sein, wenn es um linke Bündnisse in der Gesellschaft, mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen über Partei- und Fraktionsgrenzen hinaus geht. Dass DIE LINKE mit Cuba Sí eine starke Solidaritätsorganisation in ihrer Parteistruktur hat, ist ein großer Vorteil und sollte auch als solcher gesehen werden. Ich bin sehr dafür, die Erfahrungen von Cuba Sí stärker zu nutzen, den Austausch mit linken Bewegungen international zu fördern, zu pflegen und damit die europäische und die internationale Linke näher zusammenzubringen.

● **Für viele Menschen in Lateinamerika ist Kuba ein Vorbild, ein Beispiel für Standhaftigkeit. Ohne Kuba wären die anti-neoliberalen Entwicklungen in Lateinamerika nicht vorstellbar. Dort versuchen mehrere Staaten, dem Neoliberalismus ein alternatives Wirtschaftsmodell entgegenzusetzen. Was kön-**

**nen wir uns als europäische Linke und als deutsche LINKE von diesen Entwicklungen abschauen?**

● **Gesine:** Sehr viel, zum Beispiel, dass eine breite Basis linker und sozialer Bewegungen und eine aktive Beteiligung der Menschen nachhaltige politische Veränderungen herbeiführen können. Dass solidarisches Denken und Handeln an der Basis und in der Politik ein solidarisches Wirtschaftsmodell hervorbringen und befördern kann – auch wenn der politische und wirtschaftliche Gegner übermächtig erscheint.

● **Wer sich mit Kuba beschäftigt, kennt auch diese drei Forderungen: die Beendigung der US-Blockade, die Aufhebung des „Gemeinsamen Standpunktes“ der EU gegen Kuba und die Freilassung der Cuban Five. Was halten Sie von der Idee, dass DIE LINKE zu diesen Forderungen mit einer konkreten Aktion aktiv wird – zum Beispiel im Rahmen des Europatreffens der Kuba-Solidarität 2012 in Berlin?**

● **Gesine:** Seit 50 Jahren wird von außen versucht, Kuba ein anderes Gesellschaftsmodell aufzuzwingen. Die Invasion in der Schweinebucht, die Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade der USA, der sogenannte Gemeinsame Standpunkt der EU – all diese Maßnahmen hatten und haben nur ein Ziel: den Systemwechsel in Kuba. Wir wollen, dass Kuba als gleichberechtigter Partner und mit Respekt vor der Souveränität des Landes und dem Nichteinmischungsgebot der UN-Charta behandelt wird. Ich bin sehr dafür, diese Forderungen mit konkreten Aktionen zu unterstützen. Lasst uns gemeinsam darüber nachdenken.

● **Klaus:** Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie ohne Vorbedingungen Gespräche über eine Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba aufnimmt, dass sie sich für die Aufhebung der US-Blockade und des „Gemeinsamen Standpunktes“ der EU sowie für die Freilassung der Cuban Five einsetzt.

● **Gern würden wir Euch unsere Landwirtschaftsprojekte in Kuba einmal persönlich zeigen. Plant Ihr vielleicht eine Reise nach Kuba? Kennt Ihr Kuba aus eigenem Erleben?**

● **Gesine:** Leider war ich noch nicht in Kuba, kenne aber viele Menschen, die bereits dort waren und von dieser wunderschönen Insel und ihren sympathischen, liebenswerten Bewohnern schwärmen. Sehr gern nehme ich das Angebot an, mir Eure Landwirtschaftsprojekte in Kuba persönlich anzusehen, auch wenn ich heute leider noch keinen Termin dafür nennen kann.

● **Klaus:** Ich war vor ein paar Jahren zusammen mit Oskar Lafontaine in Kuba. Neben Land und Leuten waren insbesondere die praktische Umsetzung der Gesundheitsversorgung und Schulbildung mit all ihren Problemen und Chancen interessant. Mittelfristig plane ich auch wieder einen Besuch.

● **Ohne die vielen treuen Spender und die unzähligen ehrenamtlichen Helfer wäre Cuba Sí nicht so erfolgreich. Würdet Ihr anlässlich des Jubiläums „20 Jahre Cuba Sí“ eine kleine „Grußadresse“ an die Cuba-Sí-Aktivisten formulieren?**

● **Gesine:** Sehr gern. Ein herzliches Dankeschön für die über nunmehr 20 Jahre lang geleistete hervorragende Arbeit! Eine solidarische Gemeinschaft kann nur durch aktiv gelebte Solidarität entstehen und sich entfalten. An diesem Ziel arbeiten die Cuba Sí-Aktivisten und Unterstützer tatkräftig mit.

● **Klaus:** Dafür danken wir allen Spenderinnen und Spendern ganz herzlich: Macht weiter so und lasst nicht nach in Eurem großartigen Engagement!

*Die Fragen stellten Miriam Näther und Jörg Rückmann.*



# Geleakt oder gelinkt?

Gedanken zum Umgang mit den Wikileaks-Dokumenten

Wikileaks ist in aller Munde, seitdem Julian Assanges Internetplattform im November 2010 begonnen hat, angebliche Dokumente aus dem Bereich des US-Department of State zu veröffentlichen. Die Verfolgungsmaßnahmen, die Washington gegen den Wikileaks-Kopf eingeleitet hat, scheinen die Brisanz des Materials zu unterstreichen. Als „renommiert“ bekannte Medien untermauern den Nimbus eines Assanges und seiner Gruppe. Das US-amerikanische „Time Magazine“ behauptet, dass Wikileaks „ein so wichtiges journalistisches Werkzeug werden könnte wie das Informationsfreiheitsgesetz“, und der „Spiegel“ sekundiert mit einem Buch „Staatsfeind Wikileaks“. Immer wieder tauchen Berichte zu den ALBA-Staaten auf, und die Solidaritätsbewegung muss sich fragen, wie sie mit dem Material umgehen soll. Die folgenden Zeilen sollen dabei Hilfestellung sein.

Das Wikileaks-Material gilt vor allem deshalb als vertrauenswürdig, weil sich die US-Regierung alle Mühe gegeben hat, seine Veröffentlichung zu verhindern und Assange strafrechtlich zu verfolgen. Dieses Vorgehen erweckt den Eindruck, dass die Dokumente echt sein könnten, aber ein Beweis, der wissenschaftlich und juristisch Bestand hätte, ist das noch lange nicht. Jeder Fake bedarf einer guten Geschichte, damit er glaubhaft ist. Wie einfach es ist, Fälschungen echt aussehen zu lassen, zeigen Hitlers angebliche Tagebücher, die in den 1980er Jahren zu einem Skandal in der alten Bundesrepublik führten.

Dass die Öffentlichkeit diesmal keiner medialen Lüge aufgesessen ist, dafür sorgt eine Handvoll internationaler Zeitungen und Magazine, die mit ihrem „guten Namen“ für die Echtheit bürgen. Zu dieser ausgewählten Gruppe gehört neben dem „Spiegel“ auch Spaniens führende Tageszeitung „El País“. Sie herrschen mit über ein angebliches Konvolut von insgesamt 251 287 US-Dokumenten, die sie tröpfchenweise und nach Gutdünken veröffentlichen.

Bis zum 16. Juni 2011 publizierte Wikileaks selbst laut eigenen Angaben 14 829 Dokumente. Über den Gesamtbestand heißt es, dieser reiche vom Dezember 1966 bis zum Februar 2010 und gebe die Kommunikation zwischen 274 Botschaften und weiteren

diplomatischen Stellen des US-Außenministeriums wieder. Wikileaks pusht die Erwartungshaltung, indem es behauptet, 15 652 Dokumente aus dem Gesamtbestand seien als „geheim“ eingestuft.

Die Art der Veröffentlichung, bei der die genannten Medien eine wesentliche Rolle spielen, stellt die Öffentlichkeit vor die Wahl, diesen „Zwischenhändlern“ der Informationen zu glauben oder nicht, aber „glauben“ heißt auch immer „nicht wissen“.

Glauben wir mal, dass diverse Dienststellen des State Departments die auf wikileaks.org publizierten Dokumente tatsächlich generiert haben, weil es einfach zu aufwendig wäre, eine solche Menge Material zu fälschen. Mit dieser Annahme ist dessen Echtheit aber noch nicht bewiesen, weil wir die Originaldokumente nicht zu sehen bekommen, da jedes beteiligte Medium die betreffende Depesche in eine „lesbarere“ Form packt. Das heißt, das Material wird „bearbeitet“, man könnte auch sagen „manipuliert“. Für dieses Vorgehen mag es gute Gründe geben, aber allein der Wissenschaftlichkeit wegen müssten die Originalfassungen vorliegen. Dieser Vorgabe versuchen viele Archive zu genügen, indem sie Dokumente als PDF reproduzieren.

Neben der Form müssen zum Beispiel Historiker wissen, wie der Bestand aussieht, aus dem ein Schriftstück stammen soll. Folglich macht es keinen Sinn, dass „El País“ peu à peu Berichte der US-Interessenvertretung in Havanna publiziert, weil sich ihre Aussagekraft nur im Gesamtkontext bewerten lässt. Wie groß allein der Bestand dieser US-Institution ist, lässt sich im Moment nicht feststellen.

Bis Mitte Juni 2011 hatte „El País“ nach eigenen Angaben zu Ecuador und Honduras jeweils 5 Depeschen veröffentlicht, zu Nicaragua 8, Bolivien 14, Kuba 62 und Venezuela 70.

Am 13. April 2011 erschien ein Dokument, in dem sich die US-Botschaft in Caracas negativ über Henry Ramos von der sozialdemokratischen Acción Democrática (AD) und dessen wiederholte Anfragen wegen finanzieller Unterstützung äußerte. Im Vergleich dazu hat sich der „Spiegel“ darauf beschränkt, über die Zustände in dem US-Geheimgefängnis in Guantánamo zu berichten.

Aus der Genese des Materials erklärt sich mit Blick auf die ALBA-Staaten, dass die US-Berichte in der Regel negativ über die jeweiligen Regierungen informieren. Das nutzte „El País“, um auf dieser Basis einen längeren Artikel über die angeblich desaströsen Zustände des kubanischen Gesundheitssystems zu publizieren. Die Interessenvertretung

trug damals entsprechende Informationen zusammen, weil Washington auf eine Dokumentation des Filmemachers Michael Moore reagieren musste, der belegt hatte, dass das US-Gesundheitssystem dem des Inselstaates unterlegen ist.

Nur: Diese Art von Dienstleistungen gehören zur täglichen Arbeit von Botschaften. Und dass sich aus dem Wikileaks-Material belegen lässt, dass US-Einrichtungen ihren negativen Worten über die ALBA-Staaten auch Taten folgen ließen, ist auch keine Sensation, sondern seit Jahrzehnten gängige Praxis.

Für einen kurzen Moment erschienen die geleakten Depeschen tatsächlich brisant zu sein, als der „Spiegel“ „Maulwürfe“ der USA in der Berliner Politik enttarnte. „El País“ tat Vergleichbares, als das Blatt aufzeigte, wie die US-Botschaft in Madrid versuchte, Einfluss auf das spanische Sondergericht für Terror- und Drogendelikte, die Audiencia Nacional, zu nehmen, um diverse Ermittlungsverfahren gegen US-Soldaten zu bremsen. Unbeachtet blieb hierbei die Frage: Benutzten die USA diese Kanäle vielleicht auch, um zum Beispiel das Verfahren in Madrid zu initiieren, das der venezolanischen Regierung vorwirft, mit den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) und der baskischen ETA kooperiert zu haben?

Wenn sich diese Art der verdeckten Einflussnahme aus dem Wikileaks-Bestand herleiten ließe, dann verfügen alle beteiligten Medien über ein derartiges Wissen, das ihnen eine erhebliche Macht über die eigenen politischen und staatlichen Eliten verschafft. „El País“ hat bereits bewiesen, dass sie die Teilnahme ihres Vorstandsvorsitzenden bei vertraulichen Gesprächen mit US-Vertretern verschweigt, weil das Rückschlüsse auf die Nähe ihres Medienkonzerns PRISA zu US-Positionen erlauben würde. Das ist umso verständlicher, wenn man weiß, dass das Unternehmen nur überleben konnte, weil sich die kolumbianische Präsidentenfamilie Santos und der als „Karstadt-Retter“ bekannte US-Investor Nicolas Berggruen an der Holding finanziell beteiligten. Und auch in Deutschland endete nach einigen kosmetischen Rücktritten die Enthüllung der „US-Einflussagenten“, bevor sie richtig begonnen hatte.

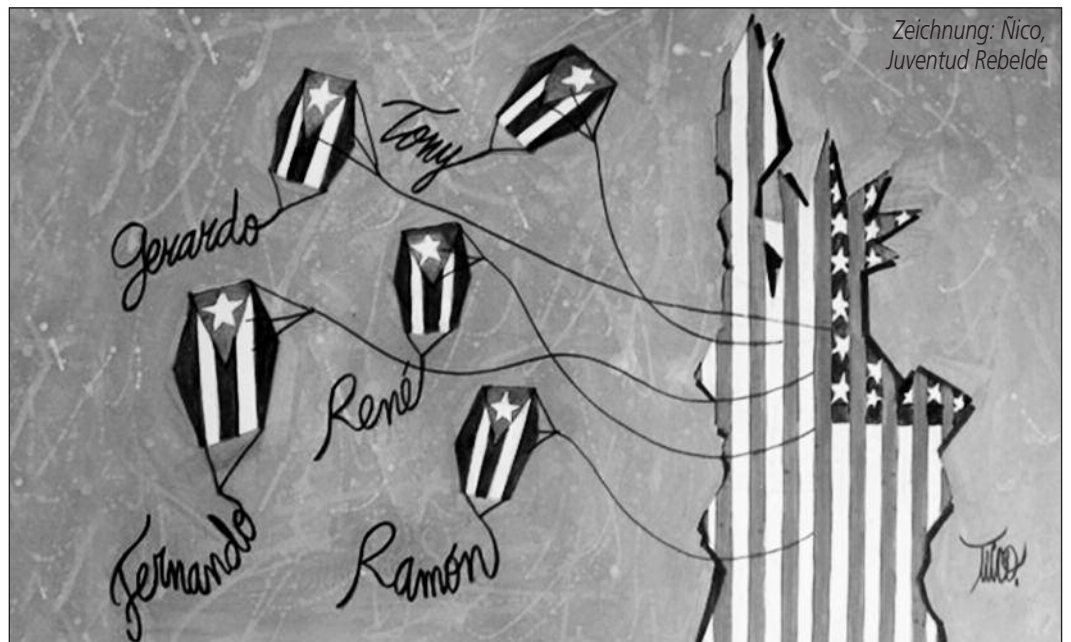
Unterm Strich kann man das Wikileaks-Material bestenfalls für die politische Auseinandersetzung nutzen. Grundsätzlich sollten sich alle vor der inhaltlichen Analyse eines geleakten US-Dokuments zuerst die Frage stellen: Warum erscheint es heute und nicht morgen oder gestern? Und dann: Geleakt oder vielleicht doch gelinkt? *Ingo Niebel*

## Yes, you can!

Eine Pflicht für alle Freunde Kubas: Derzeit läuft die europaweite Kampagne „Eine Million Unterschriften für die Freiheit der Fünf“, die in Deutschland vom Netzwerk Cuba e.V. koordiniert wird. René, Gerardo, Fernando, Ramón und Antonio sitzen seit 13 Jahren in US-amerikanischen Gefängnissen, weil sie terroristische Aktionen aufdeckten, die vom Gebiet der USA aus gegen ihr Heimatland Kuba geplant und ausgeführt werden sollten. Die Unterschriften werden an US-Präsident Obama übergeben.

Alle juristischen Schritte zur Freilassung der Cuban Five sind ausgeschöpft – jetzt kommt es auf die internationale Solidaritätsbewegung an. Zwingen wir Obama, die Freilassung der Fünf anzuordnen. Yes, you can, Mister President!

Cuba Sí beteiligt sich aktiv an der Kampagne, und wir rufen alle Freunde Kubas auf: Unterschreibt für die Freilassung der Cuban Five! Alle Infos unter [www.netzwerk-cuba.de](http://www.netzwerk-cuba.de) oder [www.cuba-si.org](http://www.cuba-si.org).





# Der Cuba Sí-Bulldozer im Einsatz



Unter großem Beifall konnten Mitstreiter von Cuba Sí am 17. Februar 2011 den mit Spendenmitteln gekauften Bulldozer in unserem Milchprojekt in Rosafé (Provinz Mayabeque – ein Teil der ehemaligen Provinz Havanna) übergeben. Seit Mai 2010 lief die Spendenaktion, und im Herbst konnten wir dann den Bulldozer kaufen – aus Kostengründen bei einer Firma in Chile. Doch so einfach, wie sich das anhört, war es nicht. Sieben Mal wurde die schwere Maschine auf ein anderes Schiff umgeladen; und für die letzte Etappe bis Havanna musste der Spediteur ein Schiff finden, das in den nächsten sechs Monaten keinen Hafen in den USA anläuft. Die Blockade lässt grüßen! Immer wieder wurden wir vertröstet – von der Lieferfirma, vom Spediteur, vom kubanischen Zoll. Und beim Transport vom Hafen in Havanna zum Projekt Rosafé hatte der Tieflader auch noch einen Platten. Nach drei Stunden Zwangspause und einem abenteuerlichen Reifenwechsel auf der kubanischen Autobahn war die Begeisterung dann aber riesengroß, als wir den Bulldozer endlich auf unserem Projekt übergeben konnten.

Kurz vor Redaktionsschluss der „Revista“ informierte uns Eduardo Sosa, der Projektleiter in Rosafé, über die ersten Ergebnisse des Bulldozereinsatzes. Hier ist sein Bericht:

„Am Tag der Ankunft des Cuba Sí-Bulldozers haben die Arbeiterinnen und Arbeiter des Projekts gemeinsam mit Vertretern von ACPA und Cuba Sí, aus Politik und Verwaltung und mit Angehörigen der Genossenschaft Valle del Perú gefeiert. Besonders schön war es, dass die Leiter der anderen Cuba Sí-Projekte aus Pinar del Río, Sancti Spíritus und Guantánamo zu dieser Übergabe nach Rosafé gekommen waren. Noch während der Festrede siegte die Neugier der Projektmitarbeiter, und der Bulldozer zog seine erste Schneise durch die Marabú-Sträucher.

## Marabú und Aroma

Seit 1993 beobachtete man in Kuba und vor allem in der jetzigen Provinz Mayabeque eine Ausbreitung des Aroma- und Marabústrauchs, wodurch die Futterpflanzen von den Weideflächen verdrängt wurden. Bei Aroma und Marabú handelt es sich um holzige, mit Dornen besetzte Strauchgewächse, die sich sehr schnell verbreiten. So stellte man u. a. fest, dass die Tiere nach dem Fressen von diesen Sträuchern die Samen unverdaut ausschieden. Auf diesem Wege

Vertreter von ACPA und Cuba Sí feiern die Ankunft des Bulldozers im Projekt Rosafé.

wurden auch bisher nicht befallene Flächen kontaminiert. Auch die mancherorts fehlende frühzeitige Bekämpfung befallener Flächen durch oberflächlichen Schnitt und Ausreißen der Wurzelballen sowie die fehlende Bekämpfung durch wirkungsvolle Herbizide begünstigten die Ausbreitung.

Bislang war es gängige Praxis, für die Säuberung befallener Flächen eine Vielzahl von Arbeitern einzustellen, die die unerwünschten Gewächse schnitten und die Wurzeln ausgruben. Für diese anstrengende Arbeit erhielten sie auch eine höhere Vergütung. Die Pflanze vollständig zu entfernen gelang uns aber nicht. Grund war oftmals der Mangel an finanziellen Mitteln, um im Anschluss an die mechanische Beseitigung des Unkrauts Substanzen einzusetzen, die eine neuerliche Ausbreitung verhindert hätten. Außer-

Der Bulldozer kämpft die meterhohen Marabú-Sträucher nieder, in einem zweiten Arbeitsgang werden mit dem Grubber am hinteren Teil des Bulldozers die tiefliegenden Wurzeln herausgezogen.



dem konnten wir nicht immer unmittelbar nach der oberflächlichen Reinigung der Flächen neue Saaten ausbringen. Diese Probleme traten auch auf vorherigen Projekten auf – hier war der Einsatz von Arbeitskraft und finanziellen Mitteln enorm, und dennoch wurde man dem Problem kaum Herr.

## Gegenwärtige Situation

Unsere Genossenschaft in Valle del Perú verzeichnet in zwei Granjas (Unión und Zenea) einen starken Befall mit Marabú und Aroma auf 400 Hektar. Die Säuberung dieser Flächen ist Bestandteil der Planung für die Projektverlängerung bis 2015.

Seit Februar ist der Bulldozer im Einsatz, und derzeit haben wir schon 89,5 Hektar gesäubert und von Wurzelrückständen befreit. Auf diesen Flächen werden nun Futterpflanzen wie Zuckerrohr, Kinggrass oder CT-115 ausgesät, auch, weil sie eine Neuausbreitung von Aroma und Marabú verhindern.

Neben dem Einsatz auf den Granjas Unión und Zenea wird der Bulldozer in den kommenden drei Jahren auch in den Granjas Dos Hermanos, Pedro Pí und Mina Blanca eingesetzt. Diese Granjas weisen einen mäßigen bis starken Befall von Aroma und Marabú auf ihren Weideflächen auf.

Der Einsatz des Bulldozers wird sich kurz- bis mittelfristig positiv auf die Viehzucht in der Region auswirken und hat Referenzcharakter für andere Produktionseinheiten im ganzen Land. Auch außerhalb des Cuba Sí-Projektes und in anderen Gebieten ist eine Bearbeitung von Flächen mit dem Bulldozer notwendig. Deshalb möchten unsere Mitarbeiter anderen Betrieben helfen und eine Ausleihe dieser wertvollen Maschine organisieren.

Besonderen Wert legen wir auf die tägliche Wartung des Bulldozers. Die Arbeiter, die den Bulldozer bedienen, werden regelmäßig in seiner Handhabung sowie in Pflege, Reparatur und Wartung geschult, und sie führen Buch über den Kraftstoffverbrauch. Die Verantwortlichen im Projekt Rosafé stehen in regelmäßigem Kontakt mit der chilenischen Lieferfirma, um im Garantiefall schnell und unkompliziert handeln zu können.

Der Cuba Sí-Bulldozer ist ein großer Ansporn für die Projektbegünstigten, weiterhin für das Wohl der Bevölkerung zu arbeiten. Erklärtes Ziel ist es, die Milchproduktion zu steigern, um die Verteilung der Milch an Kinder, Ältere und an Patienten in Krankenhäusern zu sichern – dieses Ziel erscheint nun dank dieser wunderbaren Spende noch realistischer.“



# Kuba – verloren im Ozean?

Am 23. Juli 2011 feiert die AG Cuba Sí ihren 20. Geburtstag. Ein Rückblick.



Zum 31. Dezember 1990 beendete das neue, vereinte Deutschland einseitig alle Abkommen der DDR mit dem sozialistischen Kuba. Sämtliche Warenlieferungen, Geldhilfen und entwicklungspolitischen Projekte wurden gestoppt, annulliert, nicht verlängert. Einer dieser Verträge – 1981 geschlossen – sollte bis zum Jahr 2001 Gültigkeit haben. Durch diesen Vertrag lieferte die DDR jährlich 24 000 Tonnen Milchpulver nach Kuba.

Mit dem Ende des sozialistischen Lagers brachen für Kuba zum zweiten Mal innerhalb von 30 Jahren fast alle Außenhandelsbeziehungen weg – es begann die entbehrensreiche „Spezialperiode“. Dieser Zeitpunkt markiert auch den Beginn einer unglaublichen Energieleistung Kubas, eines Volkes, das seine Unabhängigkeit nicht verlieren, die Errungenschaften seiner Revolution verteidigen und darüber hinaus auch Solidarität mit anderen Völkern demonstrieren und leben wollte.

## Die Gründung von Cuba Sí 1991

In dieser Zeit, als in Deutschland nicht wenige auch den baldigen Zusammenbruch Kubas „voraussahen“, fanden sich in Berlin Kuba-Freunde unterschiedlichster Couleur zusammen und berieten, wie man der sozialistischen Insel helfen könnte. Sie teilten die tiefe Zuneigung zu Kuba sowie die Überzeugung, dass Kuba überleben muss – und überleben wird. Das war die Geburtsstunde von Cuba Sí – organisiert als Arbeitsgemeinschaft in der PDS. Die entscheidenden Fragen, die die Gründer bewegten: Was können wir hier von Deutschland aus tun, und welche Prioritäten müssen wir setzen?

Zunächst ging es um eine politische Öffentlichkeitsarbeit für Kuba: die Forderung nach Einhaltung der einseitig gekündigten Verträge mit Kuba sowie die Verurteilung der Blockadepolitik der USA. Gleich-

zeitig starteten wir die Spendenkampagne „Milch für Kubas Kinder“; sie hatte sofort große Resonanz – vor allem bei der Bevölkerung der ehemaligen DDR. Mit den Spendengeldern kaufte Cuba Sí das in Kuba jetzt so dringend benötigte Milchpulver und organisierte die Lieferungen auf die Insel. Die ersten Partner von Cuba Sí waren die kubanische Pionierorganisation und das Institut für Völkerfreundschaft.

## Solidaritätscontainer

Aber nicht nur Geld wurde gespendet: Viele Sachspenden trugen vor allem unsere älteren Mitglieder – Mikrobrigade genannt – zusammen. Aus diesen Sammlungen von Sachspenden für Krankenhäuser, Familienarztstationen, Betriebe und Institutionen entwickelte sich unsere Kampagne „Kuba muss überleben“. Mehrere Solidaritätscontainer gehen jedes Jahr per Schiff auf die Reise nach Kuba.

Für diese Kampagne startete Cuba Sí auch besondere Spendenaktionen. Einige Beispiele seien hier genannt: der Kauf von Bussen für Santiago de Cuba, von drei Mähdreschern für die Soja-Ernte, die Beschaffung von Ersatzteilen für die Schuhfabrik „Camilo Cienfuegos“ in Havanna, der Kauf von Computertechnik für die Zeitschrift „Bohemia“, den Verlag „Editora Política“ und für die „Granma Internacional“. Anfang 2000 schickte Cuba Sí drei neue, komplett ausgestattete Krankenwagen nach Kuba. Sie waren für den Einsatz in den ländlichen Gebieten der Provinzen Havanna, Sancti Spiritus und Guantánamo bestimmt.

Cuba Sí unterstützte auch mehrere Kulturprojekte in Kuba. Auch nach Naturkatastrophen leistete und leistet Cuba Sí immer wieder finanzielle und materielle Hilfe. Nach den schweren Wirbelstürmen des Jahres 2008 z. B. überwies Cuba Sí 340 000 Euro als Soforthilfe, dazu schickten wir per Schiffscontainer

noch 15 Tonnen Baumaterial und Werkzeug im Wert von 100 000 Euro. „Eure kleine Truppe leistet mehr Hilfe für Kuba als so manche reiche Regierung!“ meinte damals der Leiter unseres Projektes in Pinar del Río, José Trujillo.

## Nachhaltige Landwirtschaft

Eine wichtige Etappe in der Cuba Sí-Geschichte begann 1993. Mit Spenden Milchpulver zu kaufen war wichtig, aber eine dauerhafte Verbesserung der Versorgungssituation und vor allem eine Überwindung der Abhängigkeit von Importen konnte so nicht erreicht werden. Gemeinsam mit verschiedenen kubanischen Institutionen und mit wissenschaftlicher Betreuung aus Deutschland startete Cuba Sí in jenem Jahr ein Pilotprojekt zur weideabhängigen Milchproduktion. Im Sinne einer nachhaltigen, regional angepassten Produktion sollte auf importierte Betriebsmittel weitestgehend verzichtet sowie die lokalen Futterressourcen genutzt werden. Die Technologie dieses ersten Projektes wurde auf der Vaquería 40 in der Granja Mina Blanca des Betriebes Valle del Perú unweit Havannas erprobt und ab 1994 auf weitere Vaquerías der Granja ausgedehnt. Große Unterstützung erhielten wir bei der Realisierung des Projektes vom im Jahr 2000 leider viel zu früh verstorbenen Projektleiter Rogelio Garcia Vila.

Mitstreiter und Freunde von Cuba Sí, Mitarbeiter der kubanischen Botschaft und Gäste aus Kuba vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin. Das Foto entstand vor einer Sitzung des Koordinierungsrates von Cuba Sí.

Ziele dieses ersten Projektes, das 7 Jahre lang unterstützt wurde, waren auch die Nutzung alternativer Energiequellen, die Entwicklung der sozialen Infrastruktur, der Bau von Wohnungen sowie die Sanierung von Schulen und Gesundheitseinrichtungen. So wurden mit Spendengeldern die Tamara-Bunke-Schule und die gleichnamige Poliklinik in der Region des Projektes saniert. Die Schule erhielt nach Abschluss des Projektes im Jahr 2001 zwei Biogasanlagen, um die Kochstellen in der Schule zu betreiben und so das Mittagessen für 530 Schüler und die Lehrer zuzubereiten.

Seit diesem ersten Projekt ist die Kubanische Vereinigung für Tierproduktion (ACPA) unser treuer und verlässlicher Partner in Kuba. Drei Namen stehen für diese Zusammenarbeit ganz besonders: Elio Perón, Maria Elena Salar und Teresa Planas, die die Intensivierung unserer Beziehungen immer gefördert haben. Zum ersten großen Erfahrungsaustausch trafen sich 1995 Vertreter von ACPA und Cuba Sí, Wissenschaftler der Humboldt-Universität Berlin und der Freien Universität Berlin sowie Projektmitarbeiter zu einer nationalen Konferenz über die Projekttechnologie in Valle del Perú. Vier deutsche Studenten haben Diplomarbeiten zur Vaquería 40 geschrieben. Unsere Kampagne „Milch für Kubas Kinder“ erhielt mit diesem ersten Projekt eine neue Qualität.

Bis heute hat Cuba Sí schon elf Projekte in der kubanischen Landwirtschaft abgeschlossen – sie werden jetzt von den Mitarbeitern dort in Eigenregie weitergeführt. Einige Projekte davon haben in ihren Regionen ebenfalls Pilotfunktion. Unsere Projekte dauerten in der Regel drei Jahre und wurden mit je 300 000 CUC – ausschließlich Spendengelder – unterstützt (1 CUC entspricht ca. 0,80 Euro). Zurzeit unterstützt Cuba Sí vier Projekte: in der Provinz Mayabeque, in Pinar del Río, in Guantánamo und in Sancti Spiritus. Jährlich lädt Cuba Sí-Mitglieder von ACPA sowie Arbeiter von den Projekten zum Erfahrungsaustausch nach Deutschland ein. →

Als aktuelle Aufgaben sehen wir in Absprache mit ACPA und den Projektleitern die Verlängerung der laufenden sowie die Unterstützung schon abgeschlossener Projekte, um die Nachhaltigkeit des Erreichten zu sichern und so einen stabilen Beitrag zur Ernährungssouveränität des Landes zu leisten.

## Die politische Arbeit

Zwei herausragende Köpfe sind aus der Geschichte von Cuba Sí nicht wegzudenken: Marion Gerber und Reiner Thiele. Ihnen gelang es, die vielen unterschiedlichen Charaktere, Biografien und Meinungen zusammenzuführen – und vor allem auch zusammenzuhalten. Unter ihrer klugen Führung formte sich das Selbstverständnis unserer Arbeitsgemeinschaft. Cuba Sí wurde auch innerhalb der Partei zu einer wichtigen und starken politischen Kraft. Das zeigte sich einmal mehr im Jahr 2006, als drei Europaabgeordnete der PDS einem Antrag der konservativen Fraktion im EU-Parlament zur Verurteilung Kubas zustimmten. Die folgenden Diskussionen und die Verteidigung Kubas innerhalb der PDS trugen wesentlich zur Profilierung unserer Solidaritätsorganisation bei und brachten Cuba Sí viel Zustimmung und Sympathie von der Basis der Partei.

Unsere Compañeros arbeiteten und arbeiten in zahlreichen Initiativen und Organisationen mit, so z. B. im Berliner Vorbereitungskomitee zu den 14. Weltfestspielen 1997 in Havanna, in der Venezuela-Solidarität, beim Europäischen Sozialforum oder im Netzwerk Cuba. Und Cuba Sí ist immer dabei, wenn es um die Befreiung der Cuban Five geht.

Cuba Sí organisiert jedes Jahr Reisen und Workcamps, um vor allem junge Leute für Kuba zu interessieren, sie für die Auswirkungen von US-Blockade und der Politik der EU zu sensibilisieren. Seit 1998 erscheint zweimal pro Jahr unsere Cuba Sí-Revista. Mit ihr legen wir gegenüber unseren Spendern Rechenschaft über die Verwendung der Spendengelder ab, und wir versuchen auch, den Lesern in Deutschland ein realistisches Bild von Kuba zu vermitteln.

Cuba Sí unterstützte die Einrichtung des Berliner Büros von Prensa Latina und unterzeichnete im Februar 2010 ein Kooperationsabkommen mit der kubanischen Nachrichtenagentur, um den Informationsaustausch in beide Richtungen auszubauen.

Jedes Jahr zum 26. Juli organisieren wir in Berlin die Fiesta de Solidaridad, an der Kuba-Freunde aus ganz Deutschland teilnehmen.

Einen richtigen Coup landete Cuba Sí in den Jahren 2004 bis 2007. Deutschland war zur Buchmesse



Marion und Reiner formten über viele Jahre das Profil von Cuba Sí. Ihr viel zu früher Tod war ein großer Verlust für die Solidaritätsbewegung.

Havanna als Ehrengastland eingeladen, hatte schon zugesagt, boykottierte dann aber die Teilnahme. Und es war unser Reiner, der die „verrückte“ Idee hatte, diesen Boykott der deutschen Regierung zu brechen. Zusammen mit der Tageszeitung „junge Welt“ und anderen Solidaritätsgruppen gründete Cuba Sí das Berliner Büro Buchmesse Havanna. Es gelang uns in diesen vier Jahren, jeweils mehr als 40 deutschsprachige Verlage zur Buchmesse zu schicken und somit den Boykott wirkungslos zu machen – ein großer Sieg der Solidarität! Seit 2008 nimmt Deutschland wieder offiziell an der Buchmesse teil.

## Die Arbeitsgemeinschaft

Seit 1991 ist unsere AG personell stark gewachsen. Heute zählen wir über 400 ehrenamtliche Mitstreiter. Sie arbeiten in 40 Regionalgruppen in der ganzen Bundesrepublik. Drei hauptamtliche Mitarbeiter koordinieren die Arbeit. Viele Mitstreiter haben sich mit ihrem Können und ihren Spezialgebieten in die Solidaritätsarbeit eingebracht und halten uns seit vielen Jahren die Treue. Man kann fast sagen, dass schon

eine zweite Generation von Kuba-Freunden herangewachsen ist. Für die Jüngeren unter uns ist es oft spannend, wenn die „Alten“ Anekdoten aus den ersten Jahren erzählen.

Am Hauptsitz von Cuba Sí im Berliner Karl-Liebknecht-Haus etablierte sich schon in der Anfangszeit ein regelmäßig mittwochs tagender Koordinierungsrat – das ist bis heute so. Als AG der PDS (und später der LINKEN) war und ist Cuba Sí natürlich auch immer mit den Geschicken der Partei verbunden. Die Mitarbeit bei Cuba Sí ist aber nicht an eine Mitgliedschaft in der LINKEN gebunden – zu uns haben auch parteilose Kubafreunde, Mitglieder der DKP und Aktivisten aus verschiedenen sozialen Initiativen gefunden. Einmal im Jahr kommen alle Regionalgruppen zu einem Bundestreffen am Werbellinsee zusammen, um die gemeinsame Arbeit zu koordinieren – und natürlich auch gemeinsam zu feiern.

Cuba Sí realisiert seine Projekte ausschließlich durch Spenden. Deshalb wollen wir an dieser Stelle unbedingt unsere vielen Tausend Spender erwähnen, die diese Hilfe für Kuba erst ermöglichen.

## Die nächsten 20 Jahre

Eine wichtige Aufgabe und Herausforderung für unsere Arbeitsgemeinschaft wird in den kommenden Jahren die Nachwuchsarbeit und der Aufbau neuer Regionalgruppen vor allem im Westteil der Bundesrepublik sein. Mit dem Zusammenschluss der PDS und der WASG zur Partei DIE LINKE im Jahr 2007 haben wir die Chance, auch im „Westen“ noch mehr Mitstreiter zu finden.

„Kuba – verloren im Ozean?“ war der fragende Titel unserer ersten Konferenz im Jahr 1991. Kuba hat überlebt! Und jeder Fortschritt, jeder Erfolg – bei der Ernährungssicherheit Kubas, bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, bei der Eröffnung neuer Perspektiven, bei der Bewahrung der nationalen Souveränität, bei der Beseitigung der US-Blockade und des „Gemeinsamen Standpunktes“ der EU oder bei der Befreiung der Cuban Five – ist für uns neuer Ansporn. Viva Cuba! Viva la Solidaridad!  
Koordinierungsrat der AG Cuba Sí



Ein Foto aus dem Jahr 2008: Der damalige kubanische Botschafter, Gerardo Peñalver (Mitte), und Mitarbeiter der Botschaft packen beim Beladen eines Solidaritätscontainers kräftig mit an.



# „Ihr habt einen Fingerabdruck in unseren Herzen hinterlassen!“



Die Überschrift dieser Seite ist ein Zitat aus einem Brief, den die Schüler der „Escuela primaria Leopoldo Felbes“ in Pinar del Río 2008 an ihre Freunde von der Cuba Sí-Regionalgruppe in Jena geschrieben haben. Sie bedankten sich darin sehr herzlich für die Unterstützung ihrer Schule.

Die gesammelten Sachspenden – ob Schulmaterialien, medizinisches Verbrauchsmaterial, Büroausstattungen, Werkzeuge oder Ersatzteile – sind in unseren Augen oft Selbstverständlichkeiten, für Kuba aber eine große Hilfe.

Cuba Sí lebt von den zahllosen Aktionen und den guten Ideen der Regionalgruppen – Informationsveranstaltungen, politischen Aktionen für Kuba und dem Sammeln dringend benötigter Hilfsgüter und finanzieller Spenden. Die Regionalgruppen unterstützen die Kampagnen „Milch für Kubas Kinder“ und „Kuba muss überleben“; viele von ihnen haben aber auch über all die Jahre eigene Projekte entwickelt. Die Revista-Redaktion möchte auf dieser Doppelseite einen kleinen Einblick in die Arbeit der Regionalgruppen und die Vielfältigkeit ihrer Projekte geben.

## Regionalgruppe Jena:

Die Jenaer Gruppe, von Heinz Gottschling 1993 gegründet, unterstützt neben der o.g. Schule auch das Zentrum für Genetische Medizin der Provinz Pinar del Río. Das Foto zeigt die Cuba Sí-Aktivistin Bärbel Frischbier (links) bei der Übergabe von Hilfsgütern an den Direktor des Zentrums, Dr. Reinaldo Menéndez.



## Regionalgruppe Wülfrath:

Den Cuba Sí-Stand in der Fußgängerzone kennt wohl mittlerweile jeder im rheinischen Wülfrath. Und die Aktivisten um Klaus Jann haben immer wieder eine neue Spenden-Idee parat: Die „Dösken-Kuh“-Tombola, das Kuba-Glücksrad oder die legendären Politwetten. Im Herbst 2010 starteten die Wülfrather eine Verlosung für ein Klappfahrrad – auch dieser Erlös floss in den Spendentopf für die Kampagne „Milch für Kubas Kinder“. Die Aktion brachte mehrere Hundert Euro – und der Gewinner spendete das Fahrrad für Kuba! Das Foto zeigt die Sprecherin der Wülfrather Cuba Sí-Gruppe, Angela Oberborbeck, während der Fahrradaktion.



## Regionalgruppe Braunschweig:

„Beim Cuba Sí-Stand auf dem Internationalen Fest des DGB am 1. Mai 2011 haben wir 2059 Euro Spenden gesammelt – das ist für unsere kleine Gruppe ein toller Erfolg. Ein zweiter Stand wurde in Wolfsburg vom dortigen Kreisverband der LINKEN organisiert, wofür wir das Infomaterial zusammenstellten. Die Spenden gehen an die Milchprojekte.“ Anke Schneider



## Regionalgruppe Schwerin:

Zwei Beispiele aus der „Período especial“: Die Schweriner beteiligten sich 1994 an einer bundesweiten Solidaritätswand für Kuba. Sie organisierten Ersatzteile für Melkanlagen, Fahrräder und viele andere dringend benötigte Dinge. 1995 konnten Kuba-Freunde aus ganz Mecklenburg-Vorpommern einen Ambulanzwagen für die Bergarbeiterstadt Minas de Matahambre spenden. Cuba Sí Schwerin sammelte 2250 D-Mark.





### Regionalgruppe Potsdam:

„Der Startschuss für unsere Cuba Sí-Gruppe in Potsdam fiel vor 11 Jahren in Frankfurt (Oder). Aber seit 8 Jahren leben wir hier in Potsdam. Wir unterstützen vornehmlich das Milchprojekt in Pinar del Río – wir haben Freunde dort, die wir regelmäßig besuchen. In vielen Gesprächen, so auch mit Trujillo, dem Projektleiter, konnten wir die Situation vor Ort kennenlernen.“

Seit nunmehr 3 Jahren unterstützen wir auch die Fußballer vom kubanischen Zweitligisten Mantua 62. Dank der vielen Unterstützer aus den Reihen der Fans des SV Babelsberg 03 konnten wir die Mannschaft von Mantua 62 mit Trikots, Bällen und allerlei anderem mehr ausstatten. Bisher musste jeder Fußballer dieses Vereins in selbstgemachter Spielkleidung auflaufen. Nun besitzen sie Trikots in ihren Vereinsfarben, ein eigenes Vereinslogo und eine Fahne – entworfen von den Babelsberger Fans. Natürlich haben wir das Logo so gestaltet, dass es auch die Verbindung zu den Babelsbergern symbolisiert. Für das nächste Jahr haben großzügige Spender einen weiteren kompletten Trikotsatz mit Hosen und Stutzen für Mantua 62 bereitgestellt.“

Kristin Albrecht

### Regionalgruppe Uckermark:

Die Uckermärker sind seit Mitte der 90er Jahre aktiv. Ein besonderes Projekt der Gruppe war die Unterstützung der Bibliothek in Sancti Spiritus. Bei einem Besuch im Jahr 1999 zeigte man ihnen, dass viele wertvolle Bücher einer Restaurierung bedurften. Die Aktivisten um die Familien Quandt und Hennig begannen, ein Hygrometer sowie Buchdeckelpappe, Bezugsstoff, Leim und viele andere dringend benötigte Materialien für die Rettung der Bücher zusammenzutragen. Das Foto zeigt das Treffen mit den Mitarbeitern der Bibliothek bei der Übergabe der Spenden im Jahr 2000.



### Vom Touristen zum Aktivisten

Fragt man unsere Mitstreiter, warum sie sich für Kuba engagieren, beginnt die Antwort oft mit: „Nach meiner Reise ...“ Ob ein Workcamp von Cuba Sí, ein Individualurlaub oder eine Rundreise – das Erleben des kubanischen Alltags und der persönliche Kontakt mit den Menschen hat viele für die politische und ökonomische Situation Kubas sensibilisiert. Gudrun Jentzsch aus **Altenburg** reiste 1993, in der für Kuba schwersten Zeit, auf die Insel. „Wie folgenschwer die Auswirkungen des Zusammenbruchs des sozialistischen Lagers und die Blockade der USA für die Kubaner waren, konnte ich auf dieser Reise hautnah erleben.“ Nach ihrer Rückkehr gründete sie in ihrer Heimatstadt eine Cuba Sí-Gruppe.

Durch den engen Kontakt zu Bewohnern von Alamar, einem Stadtteil von Havanna, entwickelte die Regionalgruppe **Düsseldorf** in den 90er Jahren ein Projekt für zwei Schulen und einen Kindergarten.

Viele Gruppen nutzen auch die Gelegenheit, Vertreter unserer Milchprojekte nach Deutschland einzuladen, um den Kontakt und den Informationsaustausch mit Kuba zu pflegen. Die Compañeros aus der **Lausitz** und von den Regionalgruppen **Dresden** und **Chemnitz** schrieben uns, wie wichtig die Berichte der kubanischen Gäste sowie von den Reisen zu den unterstützten Projekten sind, um Interessen und neue Mitstreiter zu gewinnen.

### LAG Cuba Sí Thüringen:

Die Thüringer Cuba Sí-Gruppen – zusammengeschlossen als Landes-AG der LINKEN – haben über viele Jahre im „Roten Hof“ in Brückla eigene Wochenendseminare organisiert, zu denen regelmäßig auch kubanische Gäste eingeladen wurden.





# Die Völker lassen sich nicht täuschen

Gespräch mit Enrique Ubieta, Chefredakteur der kubanischen Zeitschrift „La Calle del Medio“ beim Fest der Linken am 27. Mai in Berlin. Die Fragen stellte Jörg Rückmann.

## ● In den „Lineamientos“, den Leitlinien des 6. Parteitags der KP Kubas, wird von den Journalisten gefordert, den gesellschaftlichen Prozess in Kuba kritisch zu begleiten. Was bedeutet diese Forderung konkret?

Die geplanten ökonomischen Veränderungen in unserem Land sollen den Sozialismus stärken – die Forderung an uns Journalisten geht in die gleiche Richtung. Es gibt heutzutage keine Grenzen mehr für Informationen, und die Kubaner sind ein gebildetes Volk. Die gesellschaftliche Entwicklung kritisch zu begleiten ist nach meiner Auffassung die einzige Möglichkeit, die Revolution zu verteidigen. Der kubanische Journalismus ist derzeit nicht revolutionär genug, nicht so stark, wie er sein könnte. Viele müssen in diesem Prozess alte Gewohnheiten über Bord werfen, so z. B. einen falschen Opportunismus oder eine falsche Einstimmigkeit. Wir als Medienleute verteidigen nicht einen Minister oder die Regierung, sondern ein Gesellschaftssystem.

## ● Kuba wird in den deutschen und europäischen Medien regelmäßig kritisiert wegen „mangelnder Pressefreiheit“ ...

Zunächst muss man die Berichterstattung unterscheiden zwischen den internationalen Medienkonzernen und dem, was ich als alternative Medien bezeichne. Allen Medienkonzernen ist letztlich eines gemeinsam – bei all der Vielfalt im Blätterwald, im Fernsehen, im Internet und im Radio: Es geht stets darum, ein bestimmtes Bild oder eine bestimmte Sichtweise zu einem Thema zu verkaufen. Das fängt beim verwendeten Vokabular an. Nehmen wir Kuba: Egal, ob in deutschen, französischen oder italienischen Medien – wird über mein Land geschrieben, benutzen sie immer das Wort „Regime“ oder „Diktatur“, es wird vom „Gefängnis Kuba“ gesprochen oder eben auch von „fehlender Pressefreiheit“. Im Grunde genommen geht es um das Formen von Denkmustern, was Wahrheit und was Lüge ist.

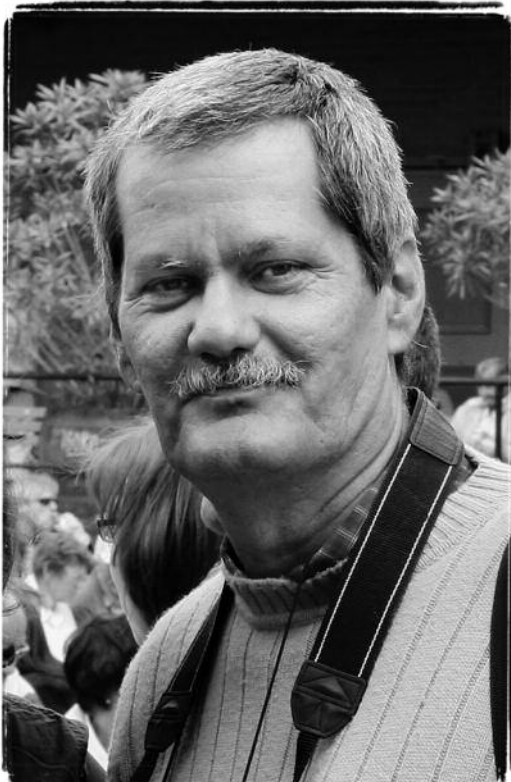
Die Presse in Kuba ist nicht perfekt, aber unsere Informationen oder kritischen Beiträge, die nicht in ein bestimmtes Schema passen, werden von den großen internationalen Medien nicht gedruckt – das habe ich bereits am eigenen Leib erfahren müssen.

Anders dagegen verhält es sich mit den Medien, die ich als alternativ bezeichne. Charakteristisch für alternative Medien ist deren Suche nach der Wahrheit. Jene, die auf der Suche nach der Wahrheit sind, fühlen eine tiefe Dankbarkeit und Bestätigung, wenn sie z. B. auf ein Fest wie dieses kommen. Hier gibt es Raum für Begegnungen mit anderen Menschen, denen ebenso an der Suche nach der Wahrheit und an ihrer Verbreitung gelegen ist. Hier treffen sich Menschen, die ein Interesse daran haben, die Mechanismen globaler Meinungsmache aufzudecken, sie entmystifizieren wollen.

Die beiden Podiumsdiskussionen, an denen ich teilgenommen habe, waren nicht nur darauf angelegt, darüber zu berichten, was gerade in Kuba passiert oder wie wichtig die Solidarität zu Kuba ist. Ich sehe das auch aus einem anderen Blickwinkel – die Menschen in Deutschland erhalten durch solche Veranstaltungen Informationen aus erster Hand über Kuba und Lateinamerika. Damit eröffnet sich für sie

die Möglichkeit, besser informiert zu sein als die Kommentatoren der transnationalen Medien über die Wirkung der gesellschaftlichen Prozesse und Bewegungen in Kuba und Lateinamerika. Und sie können politische Kampagnen, die unter solchen Begriffen wie Pressefreiheit oder Meinungsfreiheit geführt werden, besser durchschauen.

Egal, wie kritisch kubanische Journalisten schreiben – unsere Gegner werden uns immer mangelnde Pressefreiheit vorwerfen. Eine ausgewogene Berichterstattung ohne Verzerrungen, Überspitzungen, Einseitigkeiten und Weglassungen führt nämlich auch



dazu, die historische Schuld der sogenannten Ersten gegenüber der Dritten Welt zu erkennen und nach neuen, gerechten Wegen der Zusammenarbeit mit Lateinamerika zu suchen. Die Informationsaufnahme ist ein Entwicklungsprozess: Sie beginnt zunächst damit, Informationen aus erster Hand aus Kuba und Lateinamerika zu erhalten, die von alternativen Medien bereitgestellt werden. Dann beginnt die individuelle Reflexion des Gelesenen und Gehörten – Informationen werden mit der eigenen Wirklichkeit ins Verhältnis gesetzt, die eigene Wahrnehmung einer kritischen Prüfung unterzogen. Daran haben die Medienkonzerne aber keinerlei Interesse.

Ich glaube, der Anteil derjenigen Menschen in Deutschland, die dies erkannt haben, ist nicht so klein wie gemeinhin angenommen wird. Letztendlich wird diesen Menschen auch die deutsche Realität aus einer ganz neuen Perspektive deutlich.

## ● Wenn in den europäischen Konzernmedien über Kuba berichtet wird, bekommen in aller Regel „unabhängige“ Journalisten das Wort. Was sind das für Leute?

Das ist ganz kurios: Wenn unser Land Erfolg präsentieren kann, setzt augenblicklich ein Medienbombardement der großen Konzerne ein – sie wollen sich das mühsam gezeichnete Negativbild von unserem Land nicht zerstören lassen. Dazu bedienen sie sich auch einiger meiner Landsleute. Diese werden von den internationalen Medienkonzernen dafür gut bezahlt und großzügig mit moderner Kommunikationstechnik ausgestattet. Liefere sie nicht die erwarteten Inhalte, werden sie für ihre Auftraggeber uninteressant. Diese „Unabhängigen“ sind die eigentlich Abhängigen.

Die Medienschlacht, die der Kapitalismus gegen Kuba führt, wird weitergehen, solange wir unser alternatives Modell als Gegengewicht einsetzen. Die Bevölkerung unterstützt dieses Gesellschaftsmodell, und Kuba genießt eine große internationale Solidarität. Aus der Unterstützung Kubas für andere Länder erwächst eine Sympathie, die all die Kampagnen überdauert. Das moralische Ansehen, welches die kubanische Revolution genießt, kann man nicht so leicht in den Schmutz ziehen. Ich glaube, die Völker haben so etwas wie Intuition, sich trotz der Meinungsmache der Medienkonzerne nicht täuschen zu lassen und sich über die unzähligen negativen Berichte über Kuba hinwegzusetzen.

## ● Informationen aus Kuba gelangen auch über Internet-Blogs in die hiesigen Medien ...

Ob Blog oder Zeitung – es ist das gleiche Problem: Wenn ein Blogger oder ein Journalist sich gegen die Revolution positioniert, öffnen sich die Geldhähne des Westens, und er wird den Konsumenten der Konzernmedien als „unabhängige“ Stimme präsentiert. In Kuba gibt es mehr als 360 Onlinemedien, und im Internet findet man über 1000 Blogs zum Thema Kuba. Bekannt sind aus den genannten Gründen aber nur wenige. Es geht dabei auch nicht vorrangig um die veröffentlichten Texte, es sollen vielmehr politische Figuren kreiert werden, die in der internationalen Öffentlichkeit Sympathie genießen. Es ist ein Kampf um die politische Macht.

## ● Deine Zeitschrift, die „La Calle del Medio“, wurde vor drei Jahren als Diskussionsblatt gegründet ...

... mit einer Auflage von 100 000 Exemplaren, ([www.cubasi.cu](http://www.cubasi.cu)). Und die Leser machen von der Möglichkeit der Debatte regen Gebrauch. Auch andere Zeitungen haben Seiten, auf denen die Leser zu Wort kommen. Debattiert im ganzen Land wurden auch die eingangs erwähnten Lineamientos. In welchem europäischen Land gibt es so eine von oben angestoßene breite und offene Diskussion um ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen?

Ansprechen möchte ich auch das neue Unterseekabel, das mit Hilfe Venezuelas nach Kuba verlegt wurde. Dadurch können wir in den nächsten Jahren z. B. die Möglichkeiten des Internetzugangs wesentlich verbessern. Dieses Kabel hat neben der technischen aber auch eine politische Dimension: Es gestattet uns eine souveräne Telekommunikation, es verringert die Abhängigkeit von privaten Anbietern, und außerdem ist es trotz der US-Blockade realisiert worden. Diese Informationen findet man aber leider auch nur in den alternativen Medien.

## ● Als Solidaritätsorganisation würden wir natürlich gern wissen, wie die solidarische Hilfe für Kuba in Deinem Land und in den kubanischen Medien wahrgenommen wird.

Ich kann Euch versichern: Wir Kubaner spüren das Wirken der deutschen Solidaritätsbewegung. Und was noch wichtiger ist – wir spüren auch, dass das deutsche Volk nicht die deutsche Bundesregierung ist. Wir erfahren in sehr vielen Ländern eine tiefe Sympathie, weil wir eines zeigen: Die Welt kann auch nach anderen Bauplänen errichtet werden. Die kubanische Presse greift diesen Gedanken immer wieder auf. Ich persönlich betreibe einen Blog, der „La isla desconocida“ heißt (Die unbekannte Insel, [www.la-ista-desconocida.blogspot.com](http://www.la-ista-desconocida.blogspot.com)). Dort stelle ich auch Solidaritätsbekundungen ein, die mich aus der ganzen Welt erreichen. Mit den internationalen Solidaritätsorganisationen verbindet mich inzwischen eine enge persönliche Freundschaft.



# Zum 50. Jahrestag von Playa Girón

Im April 1961 erlitten die USA eine militärische Niederlage in Kuba. Klaus Huhn erinnert in seinem neuen Buch „Waterloo in der Schweinebucht“ an die Ereignisse vor 50 Jahren. „Cuba Sí Revista“ veröffentlicht hier eine Leseprobe mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages.

Die CIA beschließt, Castro zu ermorden. Kennedys Wut über das Waterloo in der Schweinebucht war grenzenlos. Sein unbändiger Zorn trieb ihn geradezu in ein neues Abenteuer: Er wollte Castro nunmehr ermorden lassen! Belegt wird diese Feststellung nicht nur durch die Jahre später bekundeten Aussagen einiger an dem Vorhaben Beteiligter, sondern vor allem durch die Resultate einer, wenn auch höchst widerwillig, von einem US-amerikanischen Untersuchungsausschuss bestätigten Studie.

Dieser Church-Ausschuss war zum Schluss gelangt: „Der Ausschuss kann nicht glauben, dass die von ihm geprüften Akten und Vorgänge den wahren amerikanischen Charakter widerspiegeln. Sie entsprechen auch nicht den Idealen, die den Menschen dieses Landes und der ganzen Welt die Hoffnung auf ein besseres, erfüllteres und anständigeres Leben geschenkt haben. Wir betrachten diese Mordanschläge als unglückliche Verirrungen.“

Verirrungen? Ein Projekt, angestiftet vom Präsidenten der USA, vorangetrieben vom Justizminister der USA, organisiert von der CIA, konzipiert in zahlreichen Konferenzen auf höchster Ebene – und am Ende eine simple „Verirrung“? Wir sollten auf die Meinung des Ausschusses verzichten und uns an dessen Untersuchungsergebnisse halten.

Nach der Niederlage in der Schweinebucht hatten sich zunächst Experten zu Wort gemeldet, die versessen darauf waren, die „Ursachen“ zu ergründen. General Maxwell Taylor, militärischer Sonderberater des Präsidenten, Admiral Arleigh Burke, Chef der Marine, Justizminister Robert Kennedy und CIA-Chef Allen Dulles stießen dabei auf die fundamentale Erkenntnis, dass man einiges bei der Vorbereitung der Aggression vernachlässigt habe. Sie konstatierten aber auch, dass sich vor allem ihre Hoffnungen auf eine „revolutionäre Erhebung“ auf Kuba nicht erfüllt hatten.

Das Resümee des Berichts wurde dem Präsidenten von General Taylor vorgetragen und lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen: Künftig sollten Unternehmen, die darauf abzielen, kommunistische Regierungen zu stürzen, gewissenhafter vorbereitet werden. Um dies zu sichern, soll eine neue „Abteilung für spezielle Kriegsführung“ gegründet werden, in der auch ranghohe Offiziere des Pentagon eingebunden werden müssten.

Eine Reihe führender CIA-Beamter wurde entlassen, ihre Nachfolger suchte man danach aus, ob sie fähig seien, künftig ähnliche Niederlagen zu vermeiden. Der nächste Schritt galt neuen Plänen. Der Autor des Buches „CIA – ein Insider-Bericht“, Thomas Powers, formulierte sie mit folgenden Sätzen: „Nach dem Fehlschlag in der Schweinebucht beschloss Kennedy, Castro aus dem Wege räumen zu lassen. ... Die Versuche, Castro zu töten, waren die kaltblütigsten und ausdauerndsten Attentatsversuche, die die CIA je unternommen hat. Nach dem Bericht des Church-Ausschusses zu urteilen, sind wenigstens acht verschiedene, mehr oder weniger gefährliche Mordanschläge gegen Castro vorbereitet worden.“

Als erstes hatte man einen Decknamen für das Projekt gewählt: „Mongoose“. Es ist dies der amerikanische Begriff für die vornehmlich in Indien und Ceylon lebende Mungo-Schleichkatze, die giftige Schlangen zu jagen und zu erlegen pflegt. Schon der Deckname verriet, mit welchem Hass der Befehl entstanden war: Die „Schlange“ Castro sollte erledigt

werden. Der Chef des Unternehmens, Edward Lansdale, holte dafür die verwegenen Typen, deren Dienste sich die CIA versichern konnte, zusammen. So William Harvey, der in Westberlin einen kostspieligen, aber völlig nutzlosen Spionagetunnel konzipiert hatte. Selbst der bei der Auswahl von Agenten nicht sonderlich empfindsame Dulles kommentierte diese Wahl skeptisch: „Dieser Harvey ist ein konspirativer Bulle. Das Schlimme ist nur, es fällt mir schwer zu entscheiden, ob er mehr konspirativ oder mehr Bulle ist.“

Die Zentrale der Aktion „Mongoose“ wurde in Miami stationiert. Bald schon überstieg die „Belegschaft“ die aller anderen CIA-Büros in der Welt: 600 Agentenführer und 3 000 angeworbene Agenten, vor allem Exilkubaner.

Der Plan reichte vom Hauptziel des Castro-Mordes über die Vergiftung kubanischen Exportzuckers, der Verbreitung von kubanischem Falschgeld und nachgemachten Bezugsscheinen bis zur Sprengung der Kupferminen in Matahambre.

Powers in seinem Buch über die Situation damals: „Die Ungeduld des Weißen Hauses wuchs ständig. Mehr als einmal bekam Larry Houston von Helms den Stoßseufzer zu hören: ‚Mein Gott, diese Kennedys setzen uns wegen Castro ständig unter Druck.‘“ Später erinnerte sich ein anderer CIA-Chef, dass er von den Kennedys kritisiert worden war, weil er „auf dem Arsch säße und nichts unternähme, um Castro und sein Regime zu stürzen“.

Das Ausmaß der Serie versuchter Mordanschläge ist nie ganz aufgeklärt worden. Fidel Castro selbst überreichte dem amerikanischen Senator McGovern bei dessen Besuch in Kuba im August 1975 als kleines Präsent die detaillierte Aufstellung von 24 missglückten Mordversuchen, die aufgedeckt worden waren.

Als erster reiste Howard Hunt, der als Aktionsoffizier den Arbenz-Sturz inszeniert und bei der Schweinebucht die politische Leitung hatte, illegal nach Havanna und forderte dort einen Agenten auf, Killer anzuwerben. Daraus wurde jedoch nichts, es fand sich keiner.

Dann kam jemand auf die Idee, dem offiziellen US-Unterhändler, der sich in Kuba um die Freilassung der in der Schweinebucht gefangenen Söldner bemühte, einen Taucheranzug als Geschenk für Fidel Castro mitzugeben. Der Anzug war im CIA-Labor mit Bazillen präpariert worden, die eine tödliche Hautkrankheit verursachen sollten.

Zur gleichen Zeit befassten sich andere Experten der CIA mit dem Projekt, eine besonders attraktive Meeresmuschel mit hochexplosivem Sprengstoff zu füllen und dort zu versenken, wo Fidel Castro zu tauchen pflegte. In einem anderen Labor bastelte man daran, Zigarren mit einem tödlichen Gift zu präparieren und eine Zigarrenkiste mit einer Sprengladung zu versehen. Bei Fidel Castros Reise zur UNO-Vollversammlung wollte man ihm die Zigarren als Geschenk überreichen lassen. Im April 1962 – alle Pläne waren bis dahin daran gescheitert, dass man niemanden fand, der das Attentat ausführen oder die tödlichen Geschenke überreichen wollte – wurde im Weißen Haus einem Vorschlag zugestimmt, der in der zweifellos bewegten Geschichte der USA noch ohne Beispiel war: CIA-Sicherheitsdirektor Oberst Sheffield Edwards erhielt den Befehl, Verbündete aus der Unterwelt zu engagieren. Der

von Edwards beauftragte James O’Connell wandte sich an den Gangster John Rosselli und erneuerte ein knapp zwei Jahre zuvor von der CIA – damals ohne Wissen der Kennedys – unterbreitetes Angebot: 150 000 Dollar für den toten Castro. Damals hatte sich Rosselli an zwei Männer gewandt, die in der Geschichte des amerikanischen Verbrechens zu den schillerndsten Figuren gehören: Santos Trafficante und Sam Giancana. Trafficante kontrollierte die Unterwelt Floridas seit dem Tag, da der legendäre Gangsterboss Anastasia im Frisiersalon des New Yorker Sheraton-Hotels, von zehn Kugeln getroffen, sein Leben ausgehaucht hatte. Zu den Spielhöhlen Floridas aber gehörten – nach der „Geographie“ der Gangster – auch jene in Havanna. Batista hatte die Verbrechersyndikate als Verbündete betrachtet. Die Regierung Castro hatte 1959 alle Untergrund-etablissemments geschlossen und sich damit auch den Zorn der Gangster zugezogen.

Sam Giancana galt in Chicago als legitimer Nachfolger des legendären Al Capone. Er war sowohl brutal als auch ohne Hemmungen. Einen seiner Geschäftsführer aus Las Vegas fand man eines Morgens mit durchschnittener Kehle im Bett – Giancana hatte geglaubt, dass er ihn hintergangen hatte. Seinem Schwiegersohn Anthony Tisci hatte er einen Job als Sekretär des Abgeordneten Roland Libonati verschafft, der Mitglied des Rechtsausschusses des Kongresses war.

Als Giancana von Rosselli das erste Mal das Anliegen der CIA zur Kenntnis nahm, forderte er von der Agentur eine Art Anzahlung. Man sollte in der Wohnung seiner Freundin, der er ebenfalls misstrauete, eine Telefonwanze installieren. Der CIA-Techniker, der den Auftrag übernommen hatte, verhielt sich dabei nicht allzu umsichtig und wurde von der Polizei verhaftet. Daraufhin alarmierte Giancana die CIA, und der Sicherheitsdirektor Edwards bestätigte am 3. Mai 1961 der lokalen Polizei und der Bundespolizei FBI, dass die Aktion von der CIA veranlasst worden war. Der Fall verschwand augenblicklich in der Ablage.

Giancana „bestätigte“ der CIA, dass man den „Auftrag“ ausführen werde, ließ aber zugleich mitteilen, dass an einen in der Mafia-Szene durchaus üblichen Überfall mit Maschinenpistolen nicht zu denken sei. Man wusste, dass Castro nie allein unterwegs war und hatte schon einiges über seine Begleiter gehört. Es fände sich niemand, der bereit wäre, dieses Risiko einzugehen. Deshalb riet Giancana zu Gift. So kam es, dass im Februar 1961 in einem CIA-Labor die ersten Tabletten entstanden, die man mit Erfolg an Affen testete. Rosselli übernahm sie als Verbindungsmann und meldete bald darauf, dass sie einer seiner Leute auf Kuba übernommen habe. Aber dann waren sie eines Tages wieder da. Es hieß, der angemietete Killer habe überraschend seinen Posten in der Umgebung Castros verloren.

Der Kontakt zwischen der CIA und den Gangstern schlief ein, aber als der Nachrichtendienst im April 1962 vom Weißen Haus immer energischer gedrängt wurde, erinnerte man sich der früheren Zusage und erneuerte die Beziehungen. Allerdings ohne Erfolg.

Als der Church-Ausschuss herauszufinden versuchte, was den Gangstern eigentlich versprochen worden sei, widerfuhr Giancana, wovon er sich schon Jahre vorher durch die Übersiedlung von Chicago ins mexikanische Acapulco hatte schützen wollen: Er wurde selbst ermordet!

● Klaus Huhn: **„Waterloo in der Schweinebucht“**, spotless im Verlag Das Neue Berlin 2011, 92 Seiten, 5,95 €, ISBN 978-3-360-02041-3



# Informationen aus erster Hand



Ignacio Ramonet, Chefredakteur der spanischen Ausgabe von „Le Monde diplomatique“, sowie Enrique Ubieta, Chefredakteur der kubanischen Zeitschrift „La Calle del Medio“, waren zu Gast in zwei Gesprächsrunden, zu denen Cuba Sí auf dem Fest der Linken (27.–29. Mai) eingeladen hatte. Das Interesse an Informationen aus erster Hand zu den Themen „Kuba nach dem 6. Parteitag“ und „Die Beziehungen der EU zu Lateinamerika“ war riesig. Ignacio Ramonet signierte am Stand von Cuba Sí sein Buch „Fidel Castro. Mein Leben“ (Foto).

## Was sonst noch geschah

- Vom 10.–20. Februar nahm Cuba Sí gemeinsam mit ACPA an der 20. Internationalen Buchmesse in Havanna teil. Wir stellten zwei Lehrbücher für die Landwirtschaft vor, deren Herstellung Cuba Sí finanziert hatte, präsentierten unseren Dokumentarfilm „Sueños cubanos“ sowie die spanischsprachige Ausgabe der „Revista“. Großes Medieninteresse fand auch unsere Veranstaltung über die verdeckten Interventionen parteinaher Stiftungen in Lateinamerika.
- Seit Februar ist die neu gestaltete Internetseite von Cuba Sí online.
- 20. Februar: Vertreter von Cuba Sí waren zu Gast bei der Einweihungsfeier unseres neuen Kulturprojektes „K-100“ in Pinar del Río.
- 19. April: Die kubanische Botschaft und Cuba Sí erinnerten in einer gemeinsamen Veranstaltung an den 50. Jahrestag der US-gestützten Invasion in der Schweinebucht.
- Am 7. Juni konnten wir den 339. Solidaritätscontainer auf die Reise nach Kuba schicken. Diesmal gingen die Hilfsgüter an unser Projekt in Guantánamo.
- Die Freundschaftsgesellschaft Berlin–Kuba e. V. veranstaltete am 18. Juni vor der US-Botschaft in Berlin eine Lesung zum Thema „50 Texte gegen 50 Jahre Blockade“. Cuba Sí beteiligte sich mit einem Infostand und eigenen Lesebeiträgen.
- Gemeinsam mit der LINKEN in NRW nahmen wir vom 24.–26. Juni am 17. UZ-Pressfest in Dortmund teil. Großes Interesse fand die von Cuba Sí organisierte Gesprächsrunde zum Thema „Solidarität mit den ALBA-Staaten“.
- Die wichtigsten Daten aus 20 Jahren Cuba Sí liegen jetzt im Berliner Büro als Chronik vor.

## Vorschau

- 24. August: Diskussion und Vortrag zum Thema „Soziale Bewegungen in Lateinamerika – was haben sie erreicht?“, Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. **Infos:** www.rosalux.de
- 21.–23. Oktober: 2. Tagung des 2. Bundesparteitages der LINKEN in Erfurt. Auf dem Parteitag wird das neue Parteiprogramm beschlossen. Cuba Sí ist mit einem Stand dabei. **Infos:** www.die-linke.de
- 26.–27. Oktober: „20 Jahre gelebte Solidarität – Kongress von ACPA und Cuba Sí“ in Berlin. Wir diskutieren mit den Leitern unserer Milchprojekte und der Präsidentin von ACPA u. a. über die kubanische Landwirtschaft nach dem 6. Parteitag der KP Kubas. **Infos:** www.cuba-si.org
- 28.–30. Oktober: Bundestreffen der AG Cuba Sí in der EJB am Werbellinsee, interessante Informationen und Diskussionen, kubanische Gäste und wie jedes Jahr eine „Fiesta Cubana“. **Infos und Anmeldung:** www.cuba-si.org
- 16.–20. November: VII. Internationales Kolloquium für die Befreiung der Cuban Five und gegen den Terrorismus; Holguín, Kuba. **Infos:** www.cuba-cu
- 19.–20. November: VI. Treffen der in Europa lebenden Kubaner, Thema: Solidarität mit Kuba; Rom, Italien. **Infos:** www.cuba-cu
- 30. November–18. Dezember: Rundreise anlässlich des 20. Geburtstages von Cuba Sí u. a. mit dem Besuch des Kulturprojektes in Pinar del Río und der Milchprojekte. **Infos und Anmeldung:** www.cuba-si.org
- 14. Januar 2012: Rosa-Luxemburg-Konferenz unter dem Motto: „Wir verändern die Welt“; Berlin, **Infos:** www.jungewelt.de

## Mit Cuba Sí nach Kuba

Die Workcamps auf den Landwirtschaftsprojekten von Cuba Sí sind eine gute Gelegenheit, Kuba so kennenzulernen, wie es wirklich ist. Drei Wochen lebt und arbeitet Ihr zusammen mit den Mitarbeitern unserer Projekte und genießt außerdem ein umfangreiches Freizeitprogramm. Ihr besucht wissenschaftliche Zentren, Gesundheits- oder Bildungseinrichtungen, macht Ausflüge in die Stadt oder zum Strand. In jeder Gruppe gibt es einen spanischsprachigen Betreuer.

**Termine und Preise:** Cuba Sí bietet jedes Jahr vier Workcamps an – im März/April und im September/Oktober. Die genauen Termine für 2012 stehen ab Oktober fest. Der Preis beträgt ca. 1 300 Euro (Flug, Unterkunft, Vollverpflegung, Transfers vor Ort). Neugierig geworden? Alle Infos gibt's unter [www.cuba-si.org](http://www.cuba-si.org).



- Mitarbeiterinnen unseres Landwirtschaftsprojektes in Guantánamo schmökern in der spanischsprachigen Cuba Sí-Revista, die Workcamper im Reisegepäck mitgebracht haben.

## Impressum

Herausgeber: Cuba Sí – Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE

Redaktion: Redaktionskollektiv Cuba Sí, V.i.S.d.P. Justo Cruz

Gestaltung: Jörg Rückmann  
Fotos: Archiv Cuba Sí

Redaktionsschluss: 15. Juli 2011

**Cuba Sí revista** erscheint zweimal jährlich.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030. 24 009 455, Fax: 030. 24 009 409  
E-Mail: [berlin@cuba-si.org](mailto:berlin@cuba-si.org)  
Internet: [www.cuba-si.org](http://www.cuba-si.org)

**Sonderspendenkonto** beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE/Cuba Sí:

- Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)  
Konto-Nr. 13 222 10  
Verwendungszweck bitte immer angeben:  
„Milch für Kubas Kinder“ oder „Kuba muss überleben“.

**Cuba Sí**